

Umfrage:

Sollen die Reichen jetzt zahlen?



Lisa Paus, MdB, Diplom-Volkswirtin
Obfrau der Grünen im Finanzausschuss des Bundestags, in der Fraktion zuständig für Fragen der Vermögensbesteuerung

„Jetzt brauchen wir einfach einen Beitrag der Vermögenden, um die Probleme in den Griff zu bekommen. Derzeit tragen alle die, die redlich arbeiten, die Hauptlasten. Es geht uns nun darum, die leistungslosen Einkommen mit heranzuziehen – denn etwas zu erben und das Geld arbeiten zu lassen, ist keine Leistung. Selfmade-Millionäre sind doch die Ausnahme. Dabei wollen wir niemanden enteignen, sondern nur für eine gleichmäßige Steuerlast über verschiedene Einkommensarten sorgen. Denn die Vermögenskonzentrationen, die aus ungleichmäßigen Steuerbelastungen heraus entstehen, sind ein wesentlicher Teil des Problems: Dadurch werden Krisen, wie wir sie erlebt haben, aufgelöst und oft weiter verschärft.“



Matthias Winkler, StB, FB IntStR
betreut mittelständische Mandanten bei der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft SH+C, Regensburg und München

„Wenn Vermögen in Deutschland nach Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts gleichmäßig so belastet werden, wie von SPD und Grünen geplant – wer wird dann beispielsweise noch in Mietwohnungen investieren? Zur Vermögensteuer für die Immobilie würden dann noch eine höhere Grundsteuer, eine höhere Einkommensteuer auf die Einkünfte sowie noch Zusatzkosten für die Erfüllung von Auflagen im Bereich der Wärmedämmung und Energieeffizienz kommen. Der Gesetzgeber würde damit riskieren, dass Investitionen in Gebäude äußerst unattraktiv werden. Wenn die Pläne von Rot-Grün tatsächlich umgesetzt würden, hätte das wohl enorme Auswirkungen auf den Immobilienmarkt. Mietsteigerungen und ein sich aufbauender Investitionsstau wären die Folge. Das Thema „Vermögensteuer“ ist bei vielen Mittelständlern sehr präsent, da diese davon unmittelbar belastet würden und anders als Großkonzerne ihre Betriebsteile nicht ins Ausland verlagern können. Neben Belastungen auf dem Immobilienmarkt würde der Gesetzgeber damit auch die Zukunft des deutschen Mittelstands gefährden. Vermutlich würde es bei der tatsächlichen Umsetzung der Steuerpläne von SPD und Grünen einen ähnlichen Verlauf wie bei den Lafontaine'schen Steuerreformen 1998/99 geben – nach erfolgtem Konjunkturerbruch und Verwaltungschaos würde der Bundesfinanzminister die Flucht antreten und danach würden alle Reformen zurückgenommen. Der Schaden der bis dahin aber angerichtet wurde, wird sich nicht wieder gutmachen lassen.“



StB Dr. Horst Vinken

Präsident der Bundessteuerberaterkammer

„Die Besteuerung von Vermögen ist in der Tat letztlich eine politische Entscheidung. Die Bundessteuerberaterkammer als Vertreterin der bundesweit rund 90.000 Steuerberater, Steuerbevollmächtigten und Steuerberatungsgesellschaften hat ein besonderes Interesse an praktikablen und rechtssicheren steuerlichen Regelungen. Daher weisen wir auf mögliche Schwierigkeiten bei den vorgelegten Konzepten zur Besteuerung von Vermögen hin. An die Wiedereinführung einer Vermögensteuer werden aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben hohe Anforderungen gestellt.“



Berthold Welling

Leiter Abteilung für Steuern und Finanzpolitik beim BDI

„Eigentlich steht der Fiskus in Deutschland komfortabel da: Wir übererfüllen die Vorgaben der Schuldenbremse, so dass der Staat bereits ab 2013 statt wie geplant ab 2016 konsolidieren kann. Weltweit sprechen die Leute vom ‚German Mittelstand‘ und sehen in ihm die Stärke Deutschlands – nur bei uns scheint eines nicht klar zu sein: Der Mittelstand ist nicht Teil des Problems, sondern im Gegenteil der effektivste Problemlöser, den wir haben! Und deswegen sollte man sich die Belastungswirkungen durch die Vermögensabgabe oder die Vermögensteuer sehr genau anschauen. Denn wir wollen unsere Wirtschaft ja nicht schwächen, sondern stärken! Wenn gerade der Mittelstand künftig stärker belastet wird, hat das vor allem einen Effekt: Die Investitionsbereitschaft in den Unternehmen wird sinken. Dadurch werden die deutschen Unternehmen international weniger attraktiv, es wird weniger in Deutschland investiert oder internationales Kapital aus unserem Land sogar wieder abgezogen. Nehmen wir als Beispiel den Vorschlag der Grünen, die Vermögensabgabe: Dann werden wir zehn Jahre lang allenfalls geringe Renditen in Deutschland haben. Das mindert die Standortattraktivität mit einem Schlag! Und für mittelständische Unternehmen ergeben sich noch viele weitere Probleme: In vielen Gesellschaftsverträgen ist geregelt, dass Gesellschafter ihre Anteile nicht einfach veräußern können und dass die Gewinne im Unternehmen bleiben, um die Zukunft der Familienunternehmen zu sichern. Mein Eindruck ist: Die Welt, aus der heraus einige Politiker über die Vermögensteuer denken, kollidiert hier mit der betriebswirtschaftlichen Welt des Mittelstands. Mit der Gefahr, dass produktive Vermögenswerte einfach zerstört werden, zum Schaden der ganzen Gesellschaft.“